

Name und Anschrift des Bewerbers:

(Ort)

(Datum)

Gemeinsamer Bundesausschuss (GBA)
Abteilung Verwaltung
Gutenbergstraße 13
10587 Berlin

über den elektronischen Projektraum

Teilnahmeantrag

Vergabe des Auftrags „Konferenz- und Veranstaltungsbewirtung sowie Bewirtschaftung der Gemeinschaftsgastronomie (Mitarbeiterverpflegung)“

1

Wir¹ beantragen hiermit die Teilnahme an dem Vergabeverfahren zur Beauftragung der vorbezeichneten Leistungen.

2

Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zum Ausschluss vom Vergabewettbewerb führen kann.

3

Anlagen zu diesem Teilnahmeantrag²:

- ☐ Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil
- ☐ Vordruck 2: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i. S. d. §§ 123, 124 GWB
- ☐ Vordruck 3: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) 833/2014
- ☐ Vordruck 4: Erklärung zu Umsatz
- ☐ Vordruck 5: Erklärung zum Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung

¹ Die „Wir-Form“ gilt sowohl für einzelne Bewerber als auch für Bewerbergemeinschaften.

² Bitte kreuzen Sie die entsprechenden Positionen an.

- ☐ Vordruck 6: Erklärung zur Vorlage einfacher Führungszeugnisse
- ☐ Vordruck 7: Nachweis eines nach DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig zertifizierten Qualitätsmanagements
- ☐ Vordruck 8: Referenzen
- ☐ Vordruck 9: Nachunternehmen / Sonstige Dritte
- ☐ Vordruck 10: Bewerbergemeinschaftserklärung
- ☐ Selbst verfasste Verfügbarkeits-/Verpflichtungserklärung des/ der zum Nachweis der Eignung in Bezug genommenen Unternehmen(s) (Nachunternehmen / Sonstige Dritte) i. S. d. § 47 Abs. 1 VgV
- ☐
- ☐
- ☐

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Teilnahmeantrags. Dies umfasst auch alle vorstehend aufgeführten Anlagen.

Mit der elektronischen Abgabe des Teilnahmeantrags über das Bewerbertool der elektronischen Vergabepattform DTVP gilt dieser als unterschrieben. Auch nachfolgend weiter geforderte Unterschriften gelten für das Unternehmen, das den Teilnahmeantrag als Einzelbewerber oder bevollmächtigtes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft abgibt, als erbracht. Für alle weiteren Unternehmen sind die geforderten Erklärungen unterzeichnet einzureichen.

(Ort)	(Datum)	(Name der erklärenden Person)
--	--	--

Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

- ☐ Einzelbewerber
- ☐ Bevollmächtigter Vertreter einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Eignungsverleiher (Unternehmen, auf dessen Referenzen zum Nachweis der Eignung verwiesen wird)

Name und Adresse:	
Ansprechperson für das Vergabeverfahren:	
Kontakt Daten (Telefon/Fax/E-Mail)*:	
Internetadresse:	
Rechtsform:	
Handelsregister Nr.:	
Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) (EU-Empfehlung 2003/361: Danach zählt ein Unternehmen zu den KMU, wenn es nicht mehr als 249 Beschäftigte hat und einen Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen € erwirtschaftet oder eine Bilanzsumme von maximal 43 Millionen €.)	☐ Ja ☐ Kleinstunternehmen ☐ Kleine Unternehmen ☐ Mittlere Unternehmen ☐ Nein
Gesellschafterverhältnisse:	
Hauptsitz:	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:	

* Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt allein über die Kommunikationsfunktion des elektronischen Projektraums. Eine Benachrichtigung über neue Nachrichten im Projektraum erfolgt ausschließlich an die bei der Unternehmensregistrierung hinterlegte Mailadresse des registrierten Unternehmens.

Ausfüllhinweise

Der Vordruck ist von allen an der Bewerbung beteiligten Unternehmen (siehe Kopf des Vordrucks) mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 2: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i. S. d. §§ 123, 124 GWB

Hiermit erklären wir, dass

(bitte durch Ankreuzen bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl, etwa aufgrund einer sog. Selbstreinigung i. S. d. § 125 GWB die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist)

- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine zwingenden Ausschlussgründe i. S. d. § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB vorliegen,
- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine fakultativen Ausschlussgründe i. S. d. § 124 GWB vorliegen.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

Ort, Datum

Unterschrift

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Die Erklärung ist außerdem von allen Eignungsverleihern abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Im Hinblick auf die vorstehend geforderten Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i. S. d. §§ 123, 124 GWB wird auf folgenden Text der §§ 123, 124 GWB verwiesen:

§ 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- (2) Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.
- Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.
- (5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

§ 124 Fakultative Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen
 5. Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 6. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
 7. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 8. das Unternehmen bei der Erfüllung einer wesentlichen Anforderung im Rahmen eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erhebliche oder fortdauernde Mängel erkennen lassen hat, die die Erklärung einer vorzeitigen Beendigung dieses früheren Auftrags, die Forderung nach Schadensersatz oder andere vergleichbare Rechtsfolgen nach sich gezogen haben,
 9. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 10. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und § 14 des Bundestaftreuegesetzes bleiben unberührt.

Vordruck 3: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) 833/2014

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es nach Art. 5k der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, in der Fassung der Verordnung (EU) 2023/2878, öffentlichen Auftraggebern bis auf weiteres verboten ist, mit folgenden Personen, Organisationen oder Einrichtungen einen Vertrag zu schließen oder sie in einem Umfang von mehr als 10% des Auftragswerts als Unterauftragnehmer, Lieferant oder auf sonstige Weise am Auftrag zu beteiligen:

- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln.

Wir versichern hiermit, dass wir keiner der vorgenannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind und auch die Unternehmen, auf deren Kapazitäten wir zum Nachweis der geforderten technischen Leistungsfähigkeit verweisen, ebenfalls nicht diesen Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind oder jedenfalls zu nicht mehr als 10% des Auftragswerts an der Ausführung des Auftrags beteiligt werden.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 4: Erklärung zu Umsatz

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Gesamtumsatz vergleichbarer Leistungen (Catering) der letzten drei Kalenderjahre (in Euro, netto):	2025:	
	2024:	
	2023:	

Gefordert wird ein Mindestjahresumsatz (durchschnittlicher Umsatz vergleichbarer Leistungen) von 800.000 Euro (netto) pro Jahr.

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bürgerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bürgerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden. Bitte beachten Sie die Mindestanforderungen gem. Ziff. 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung.

Vordruck 5: Betriebshaftpflichtversicherung

Wir erklären, dass

- ☐ bereits aktuell oder
- ☐ im Auftragsfall

eine Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden (Mindest-) Deckungssummen (jeweils zweifach maximiert p.a.) in Höhe von

- 3.000.000,00 EUR pro Schadensfall für Personen- und Sachschäden
- 500.000,00 EUR pro Schadensfall für Vermögensschäden
- 25.000,00 EUR pro Schadensfall für Schlüsselerlustschäden

zweifach maximiert pro Jahr abgeschlossen ist / wird.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um Teilnahme einer Bewerbungsgemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft abzugeben. Der Vordruck ist außerdem von vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 6: Erklärung zur Vorlage einfacher Führungszeugnisse

Wir erklären, dass wir im Auftragsfall nur zuverlässiges Personal einsetzen und für dieses vor Arbeitsaufnahme ein aktuelles einfaches Führungszeugnis ohne Eintrag i.S.d. § 30 BZRG vorlegen. Dies gilt auch für neues Personal bei Personalwechsel während der Vertragslaufzeit.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Vordruck 7: Nach DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig zertifiziertes Qualitätsmanagement

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Wir erklären, dass

bitte – soweit zutreffend – durch Ankreuzen bestätigen

☐ wir bereits aktuell (bitte Zertifikate beifügen)

über ein nach DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig zertifiziertes Qualitätsmanagement (zwingende Anforderung)

verfügen.

(Ort, Datum)

Unterschrift

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck ist außerdem von vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 8: Referenzen

Der Vordruck ist nach Bedarf zu kopieren und mehrfach einzusetzen.

Der Bewerber/ die Bewerbungsgemeinschaft muss für den Zeitraum der letzten drei Jahre (seit 08/2023) mindestens zwei Referenzaufträge nachweisen, die jeweils sämtliche folgende Kriterien erfüllen:

- Auftrag umfasst Leistungen der Mitarbeiterverpflegung mit mind. 200 Mitarbeitern in einem Ministerium oder einer vergleichbaren Behörde sowie
- Leistungen des Sitzungsservices (Ein-/Abdecken in mind. 10 Konferenzräumen) und
- Leistungen wurden über/ werden seit mindestens 12 Monaten erbracht.

Mindestens eine der beiden Referenzen muss außerdem Leistungen in einer Einrichtung mit einem erhöhten Sicherheitsstandard betreffen, in der die Arbeitsprozesse und Sitzungen der besonderen Vertraulichkeit unterliegen.

Inhaber der Referenz: _____

Referenznummer: _____

Referenzprojekt:	
Auftraggeber, Anschrift sowie - soweit möglich - Ansprechpartner (mit Telefonnummer):	Bitte zutreffendes ankreuzen: ☐ in einem Ministerium oder in einer vergleichbaren Behörde
Leistungszeitraum (Monat/Jahr – Monat/Jahr bzw. laufend):	Bitte zutreffendes ankreuzen: ☐ Leistungen wurden über/ werden seit mindestens 12 Monaten erbracht

Erbrachte Leistungen:	Bitte zutreffendes ankreuzen: ☐ Auftrag umfasst Leistungen der Mitarbeiterverpflegung mit mind. 200 Mitarbeitern ☐ Leistungen des Sitzungsservice (Ein-/Abdecken in mind. 10 Konferenzräumen) ☐ Leistungen werden / wurden in einer Einrichtung mit einem erhöhten Sicherheitsstandardbetreffen, in der die Arbeitsprozesse und Sitzungen der besonderen Vertraulichkeit unterliegen, erbracht.
Kurze Beschreibung des Referenzprojekts, zur Komplexität des Projekts und zur Vergleichbarkeit mit den zu vergebenden Leistungen (zum Nachweis von Fachkenntnissen in Bezug auf den Auftragsgegenstand; siehe Ziff. 5.1 und 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung: Nachweis von Leistungen möglichst vergleichbarer Art (Bewirtschaftung der Gemeinschaftsgastronomie (Mitarbeiterverpflegung), Cateringleistungen im Rahmen des Konferenzservices, Sitzungsservices (Personalgestellung))	
Größe des eingesetzten Projektteams:	
Rechnungswert:	

Vordruck 9: Nachunternehmen / Sonstige Dritte

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Erfüllung der Mindestanforderungen gem. der Auftragsbekanntmachung) beziehen wir uns auch auf die Fähigkeiten und Kapazitäten anderer (auch verbundener) Unternehmen, namentlich der folgenden Unternehmen:

lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Anschrift	Funktion	geplanter Leistungsbereich
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	

Uns ist bewusst, dass wir mit dem Teilnahmeantrag dem Auftraggeber nachzuweisen haben, dass uns im Auftragsfall die Mittel dieser Unternehmen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Hierzu überreichen **anliegend** eine Verfügbarkeitsklärung des benannten Nachunternehmens / sonstigen Unternehmens.

Inwieweit wir darüber hinaus den Einsatz von Nachunternehmen beabsichtigen, werden wir mit dem Angebot mitteilen.

Ausfüllhinweise

Angaben dazu, welche Unternehmen im Auftragsfall bestimmte Leistungen als Nachunternehmer erbringen sollen, sind nur dann bereits mit dem Teilnahmeantrag erforderlich, wenn sich der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft zur Erfüllung der Mindestanforderungen an die Referenzlage auf Referenzen anderer Unternehmen bezieht (sog. Eignungsleihe). Diese anderen Unternehmen müssen dann als Nachunternehmer für diejenigen Leistungen vorgesehen werden, für die zum Nachweis der Eignung auf ihre durch entsprechende Referenzen belegte Erfahrung verwiesen wurde.

Vordruck 10: Bewerbergemeinschaftserklärung

Hiermit erklären wir, dass wir für das Vergabeverfahren eine Bewerbergemeinschaft gegründet haben.

1. Bewerbergemeinschaftsdaten

Unsere Daten lauten wie folgt:

	BG-Mitglied 1	BG-Mitglied 2
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

	BG-Mitglied 3	BG-Mitglied 4
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

Wir erklären, dass

- das nachfolgend bevollmächtigte Mitglied die Bewerbergemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt (die Bevollmächtigung schließt rechtsgeschäftlich Erklärungen im Vergabeverfahren mit ein),

- wir die Absicht haben, im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft in Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (oder gleichwertig) zusammenzuschließen und wir deshalb gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen im Auftragsfalle haften werden.

Zum rechtsgeschäftlichen bevollmächtigten Vertreter der o.g. Bewerbergemeinschaft benennen wir:

.....

Zuständiger Ansprechpartner (bevollmächtigter Vertreter) bei der BG für das gegenständliche Vergabeverfahren

(Vor- und Zuname):

Telefon;/ Faxnummer:

E-Mail-Adresse:

2. Unterschrift aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft:

.....

Ort, Datum BG-Mitglied 1 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum BG-Mitglied 2 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum BG-Mitglied 3 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum BG-Mitglied 4 (Stempel und Unterschrift)